

**Habilitationsordnung
des Fachbereichs Medizin
der Universität Hamburg**

Vom 7. Juli 1999

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung hat am 1. November 2000 die vom Fachbereichsrat Medizin am 7. Juli 1999 auf Grund des §97 Absatz 2 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) in der Fassung vom 2. Juli 1991 (HmbGVBl. S. 249), zuletzt geändert am 25. Mai 1999 (HmbGVBl. S. 95, 98), beschlossene Habilitationsordnung des Fachbereichs Medizin der Universität Hamburg nach Stellungnahme des Akademischen Senats nach §137 HmbHG genehmigt.

§1

Zweck der Habilitation und Geltungsbereich

Die Habilitation dient dem Nachweis besonderer Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung auf einem der Forschungsgebiete des Fachbereichs Medizin.

Die Habilitation ist gemäß §64 HmbHG eine akademische Prüfung.

§2

Habilitationsleistungen

(1) Die Befähigung nach §1 wird durch eine Habilitationsschrift und durch ein Kolloquium nachgewiesen. An die Stelle der Habilitationsschrift können eine oder mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen (sogenannte kumulative Habilitation) oder in Ausnahmefällen eine hervorragende Dissertation treten. Mit dem Kolloquium soll die Bewerberin/der Bewerber darlegen, daß sie/er ihre/seine Forschungsergebnisse angemessen darzustellen und zu verteidigen vermag.

(2) Die wissenschaftlichen Arbeiten nach Absatz 1 müssen ein Forschungsgebiet des Fachbereichs Medizin wesentlich fördern. Sie müssen in deutscher oder englischer Sprache abgefaßt sein; auf Antrag kann der Fachbereichsrat die Abfassung in einer anderen Sprache genehmigen. Wird eine kumulative Habilitation angestrebt, ist den einzelnen wissenschaftlichen Veröffentlichungen eine wertende schriftliche Zusammenfassung der Forschungen („roter Faden“) voranzustellen.

(3) Im Falle einer gemeinsam mit anderen durchgeführten Forschungsarbeit muß der individuelle Beitrag der Bewerberin/des Bewerbers dokumentiert werden. Art und Umfang dieser individuellen Leistung ist von der Bewerberin/vom Bewerber durch eine dem Inhalt und Umfang der Gesamtarbeit angemessene Beschreibung nachprüfbar gesondert darzustellen.

§3

Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Zulassung zur Habilitation setzt voraus, daß die Bewerberin/der Bewerber

1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium besitzt und
2. den Doktorgrad (Promotion) einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule in einer der Fachrichtungen des Fachbereichs Medizin besitzt und
3. in der Regel eine mehrjährige erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit in Forschung und Lehre ausgeübt hat. Mindestens ein Semester muß die Bewerberin/der Bewerber an Veranstaltungen im Rahmen des Lehrangebots des Fachbereichs Medizin mitgewirkt haben.

(2) Ärztinnen und Ärzte, die eine Habilitation für ein Spezialfach anstreben, das mit einer Bezeichnung der Weiterbildungsordnung identisch ist, müssen den Erwerb der Gebiets-, Teilgebiets- oder Zusatzbezeichnung nachweisen.

(3) Für Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler ist - soweit vorhanden - die von der jeweiligen Fachgesellschaft anerkannte Qualifikation für das Fachgebiet nachzuweisen.

(4) In besonderen Fällen kann auf Antrag der Bewerberin/des Bewerbers der Doktorgrad einer anderen Fachrichtung oder ein gleichwertiger Grad einer ausländischen Hochschule als Voraussetzung für die Zulassung zur Habilitation anerkannt werden. Die Anerkennung eines ausländischen akademischen Grades setzt voraus, daß der Bewerberin/dem Bewerber die nach den gesetzlichen Vorschriften erforderliche Genehmigung zur Führung ihres/seines Grades in der Bundesrepublik Deutschland erteilt ist.

(5) Der Fachbereichsrat kann im Einzelfall Ausnahmen von Absatz 1 Nummern 2 und 3 und von Absatz 2 und Absatz 3 zulassen.

§4

Zulassungsantrag

(1) Die Bewerberin/der Bewerber hat den Antrag auf Zulassung zur Habilitation schriftlich an die Dekanin/den Dekan des Fachbereichs zu richten unter Angabe des Forschungsgebiets, auf dem die Habilitationsteilnehmungen erbracht werden sollen.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein kurzer Lebenslauf mit besonderer Berücksichtigung des wissenschaftlichen Werdegangs,
2. die Dissertation und die Doktorurkunde (Doktorbrief),
3. die wissenschaftlichen Arbeiten, auf Grund derer die besondere Befähigung zu selbständiger Forschung festgestellt werden soll (§2 Absatz 1), in siebenfacher Ausfertigung,

4. der Nachweis der Weiterbildung gemäß §3 Absatz 2 bzw. der Nachweis der anerkannten Qualifikation gemäß §3 Absatz 3,
5. eine Übersicht über die bisherige Beteiligung an Lehrveranstaltungen,
6. eine Erklärung darüber, ob die schriftliche Habilitationsleistung allein oder unter Beteiligung einer Arbeitsgruppe angefertigt worden ist, im letzteren Fall eine Übersicht über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe; die individuelle Leistung der Bewerberin/des Bewerbers muß deutlich abgrenzbar und bewertbar sein (§2 Absatz 3),
7. ein vollständiges Schriftenverzeichnis in siebenfacher Ausfertigung,
8. eine Erklärung der Bewerberin/des Bewerbers darüber, ob und gegebenenfalls mit welchem Erfolg sie/er bereits anderwärts die Habilitation beantragt hat,
9. bei antragstellenden Personen, deren Wohnsitz und Arbeitsstelle außerhalb Hamburgs liegen, eine Begründung, warum die Habilitation an der Universität Hamburg angestrebt wird.

Dem Antrag können weitere veröffentlichte Arbeiten und druckfertige Manuskripte beigelegt werden.

§5

Vorprüfung des Zulassungsantrages

Die Dekanin/der Dekan und die Prodekanin/der Prodekan des Fachbereichs Medizin bzw. zwei von ihnen bestellte Vertreter prüfen die von der Bewerberin/vom Bewerber eingereichten Unterlagen dahingehend vor, ob die Eröffnung des Verfahrens dem Fachbereichsrat Medizin empfohlen werden kann. Sie können sich hierbei gutachterlich beraten lassen und von der Bewerberin/vom Bewerber ergänzende Auskünfte einholen.

§6

Eröffnung des Habilitationsverfahrens

Der Fachbereichsrat entscheidet innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags und der erforderlichen Unterlagen über die Zulassung/Nichtzulassung der Bewerberin/des Bewerbers zur Habilitation. Die Bewerberin/der Bewerber wird von der Dekanin/vom Dekan schriftlich über das Ergebnis unterrichtet. Mit der Zulassung ist das Verfahren eröffnet. Die Nichtzulassung ist zu begründen.

§7

Rücktritt vom Habilitationsverfahren

Die Bewerberin/der Bewerber kann vom Habilitationsverfahren folgenlos zurücktreten, bis das erste Gutachten beim Habilitationsausschuß eingetroffen ist.

§8

Habilitationsausschuß

(1) Nach Eröffnung des Habilitationsverfahrens setzt der Fachbereichsrat einen Habilitationsausschuß ein. Ihm obliegt die Durchführung des Habilitationsverfahrens.

(2) Der Habilitationsausschuß besteht aus mindestens fünf, höchstens sieben Professorinnen/Professoren oder habilitierten Angehörigen des Fachbereichs Medizin. In der Regel sollen wenigstens zwei Mitglieder des Habilitationsausschusses mit dem speziellen Forschungsgebiet der eingereichten Arbeiten vertraut sein. In begründeten Fällen können bis zu zwei Professorinnen/Professoren oder habilitierte Angehörige anderer Fachbereiche oder anderer Universitäten in den Habilitationsausschuß gewählt werden.

Die Bewerberin/der Bewerber kann zwei Mitglieder des Habilitationsausschusses vorschlagen; den Vorschlägen ist, soweit möglich und vertretbar, zu entsprechen.

(3) Der Habilitationsausschuß wählt sich eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und deren/dessen Stellvertreter. Der Habilitationsausschuß ist nur beschließend, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder abwesend ist. Entscheidungen über die Annahme oder die Ablehnung der Habilitationsleistungen setzen die Anwesenheit aller Mitglieder voraus und bedürfen der Mehrheit der Stimmen. In Ausnahmefällen kann von dem Erfordernis der Anwesenheit aller Mitglieder abgesehen und ein schriftliches Votum zugelassen werden, soweit die Anberaumung eines neuen Sitzungstermins nicht möglich oder vertretbar ist. Stimm-enthaltung ist nicht zulässig.

(4) Der Habilitationsausschuß bestellt mindestens zwei Professorinnen/Professoren oder habilitierte Hochschul-lehrerinnen/Hochschullehrer zu Gutachterinnen/Gutach-tern der von der Bewerberin/vom Bewerber eingereichten wissenschaftlichen Arbeiten nach §2 Absatz 1. Es sind immer zwei auswärtige Gutachten einzuholen. Den gutach-tenden Personen wird dabei mitgeteilt, daß der Bewerberin/dem Bewerber auf Antrag der Inhalt des Gutachtens mit Namensnennung der gutachtenden Personen zur Kenntnis gegeben wird. Sämtliche Gutachten werden dem Habilita-tionsausschuß vorgelegt. Der Bewerberin/dem Bewerber wird auf Antrag der Inhalt der Gutachten zur Kenntnis gegeben einschließlich der Namen der gutachtenden Personen.

(5) Die Beratungen des Habilitationsausschusses sind nicht öffentlich. Über die Beratungen des Habilitationsaus-schusses ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll hat den Wortlaut der Beschlüsse und Empfehlungen, sowie die Abstimmungsergebnisse zu enthalten.

§9

Prüfung der schriftlichen Habilitationsleistungen

(1) Sobald die Gutachten vorliegen, entscheidet der Habilitationsausschuß nach Prüfung darüber, ob die von der Bewerberin/vom Bewerber vorgelegten wissenschaft-lichen Arbeiten als Habilitationsleistung anerkannt wer-den. Erkennt der Habilitationsausschuß diese an, teilt die/der Vorsitzende der Bewerberin/dem Bewerber mit, daß das Habilitationsverfahren mit dem Kolloquium gemäß §2 Absatz 1 fongeführt wird.

(2) Erkennt der Habilitationsausschuß die von der Bewerberin/vom Bewerber vorgelegten wissenschaftlichen Arbeiten nicht als Habilitationsleistung an, teilt die/der Vorsitzende diese Entscheidung der Bewerberin/dem Bewerber mit den Gründen schriftlich mit. Die Bewerberin/der Bewerber kann innerhalb eines Monats nach Zugang der Entscheidung schriftlich Stellung nehmen und beantragen, mit den Mitgliedern des Habilitationsausschus-ses Fragen der begutachteten Arbeiten zu erörtern.

(3) Nutzt die Bewerberin/der Bewerber im Falle des Absatzes 2 die Frist, beschließt der Ausschuß nach Vorlage der schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls der mündlichen Erörterung der begutachteten Arbeiten erneut, ob die Arbeiten als Habilitationsleistungen anzuerkennen sind. Dieses Verfahren soll innerhalb weiterer zwei Monate abgeschlossen werden. Die Entscheidung wird der Bewer-berin/dem Bewerber von der/dem Vorsitzenden des Habili-tationsausschusses mitgeteilt, im Falle einer ablehnenden Entscheidung schriftlich mit den Gründen.

§10

Habilitations-Kolloquium

(1) Nach der Anerkennung der schriftlichen Habilita-tionsleistungen gemäß §9 legt der Habilitationsausschuß den Termin für das Kolloquium fest.

(2) Der Termin und der Ort des Habilitations-Kolloqui-ums werden von der Dekanin/vom Dekan fakultätsöffent-lich bekannt gemacht. Die Dekanin/der Dekan kann ferner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anderer Fakultäten oder Hochschulen, Vertreter anderer wissen-schaftlicher Einrichtungen oder weitere Habilitations-bewerberinnen/Habilitationsbewerber einladen.

(3) Nach dem Kolloquium, zu dem alle Mitglieder des Habilitationsausschusses anwesend sein müssen, entschei-det der Habilitationsausschuß, ob die mündliche Habilita-tionsleistung den Erfordernissen genügt und daher anzuer-kennen ist. Wird die Leistung für nicht ausreichend erach-tet, so kann der Habilitationsausschuß beschließen, daß das Kolloquium binnen sechs Monaten einmal wiederholt werden kann.

§11

Vollzug der Habilitation

(1) Sind die schriftliche und mündliche Habilitationslei-stung angenommen, so spricht der Habilitationsausschuß die Habilitation aus. Dabei wird das Forschungsgebiet bezeichnet, für das die Anerkennung der Forschungsbefäh-igung erlangt worden ist; hierbei ist der Habilitationsaus-schuß an der Vorschlag der Bewerberin/des Bewerbers nach §4 Absatz 1 nicht gebunden. Beabsichtigt der Habilita-tionsausschuß eine vom Vorschlag abweichende Bezeich-nung für das Forschungsgebiet vorzunehmen, so ist die Bewerberin/der Bewerber vorher anzuhören. Die Deka-nin/der Dekan eröffnet der Bewerberin/dem Bewerber die Entscheidung im Namen des Fachbereichs Medizin. Über den Nachweis der Forschungsbefähigung soll innerhalb von zwölf Monaten nach Eingang des Antrages und der erforderlichen Unterlagen (§4) entschieden sein.

(2) Über die Habilitation wird eine Urkunde ausgestellt.

§12

Verbleib der Habilitationsschrift

Nach Abschluß des Verfahrens wird ein Exemplar der Habilitationsschrift in die Ärztliche Zentralbibliothek des Fachbereichs Medizin eingestellt, ein weiteres Exemplar der Staats- und Universitätsbibliothek überlassen.

§13

Wiederholung

Ist die Habilitation abgelehnt worden, kann die Bewer-berin/der Bewerber frühestens nach einem Jahr erneut die Zulassung zur Habilitation beantragen.

§14

Widerruf

Die Habilitation ist vom Fachbereichsrat zu widerrufen, wenn sie durch Täuschung über das Vorliegen wesentlicher Voraussetzungen oder über die selbständige Abfassung der eingereichten Arbeiten bewirkt worden ist. Vor dem Beschluß ist der Habilitierten/dem Habilitierten Gelegen-

heit zur Äußerung zu geben. Der Beschluß, der den Widerruf ausspricht, ist der Habilitierten/dem Habilitierten mit den Gründen schriftlich mitzuteilen und dem Universitätspräsidenten anzuzeigen. Die Habilitationsurkunde wird eingezogen.

§15

Überprüfung des Verfahrens

(1) Über Widersprüche entscheidet gemäß §64 Absatz 5 Satz 3 HmbHG der Fachbereichsrat.

(2) Unberührt bleibt das Recht der Bewerberin/des Bewerbers, beim Ausschuß für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs des Akademischen Senats die Überprüfung des Habilitationsverfahrens zu beantragen oder gegen Entscheidungen des Fachbereichsrates und des Habilitationsausschusses Rechtsbehelfe einzulegen

§16

Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft. Mit diesem Tage tritt die vorläufige Habilitationsordnung des Fachbereichs Medizin der Universität Hamburg vom 20. Oktober 1982 außer Kraft.

(2) Ein Habilitationsverfahren, das bei Inkrafttreten dieser Habilitationsordnung bereits eröffnet ist, wird auf Antrag der Bewerberin/des Bewerbers nach den Vorschriften der in Absatz Satz 2 genannten Habilitationsordnung fortgeführt.

Hamburg, den 1. November 2000

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung

Amtl. Anz. S. 3915

Hinweis:

§ 3 Satz 2 lautet: "Der Habilitationsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist."